

1. Mai in Zug

«Mehr Sicherheit für die Arbeitenden»

Die Miete frisst den Lohn zu stark an, Kinder werden zu einem Armutsrisiko, Krankheit verunmöglicht einen Platz im Arbeitsmarkt. Rente und Pension reichen nicht.

VON KARL ETTER

Dieses soziale Schreckensszenario entwarf die sozialdemokratische Regierungsrätin Brigitte Profos in ihrer Ansprache an der Kundgebung zum 1. Mai auf dem Landsgemeindeplatz in Zug. «Mehr Rechte für die Arbeitenden», das Motto zum diesjährigen Arbeiterfeiertag, wandelte sie zu «Mehr Sicherheit für die Arbeitenden», und das Seil auf den roten Plakaten verstand sie als «soziale Sicherheit».

Soziale Postulate

Die SP-Regierungsrätin zählte auf, wo der Schuh drückt und wo für sie Verbesserungen angezeigt und auf dem Weg zur Realisierung sind: bei einem besseren Altersschutz, wo der Ständerat mit dem Nationalrat Schritt halten soll, beim Rennealter – zügig in der Baubranche, das die Gewerkschaften erreicht haben, bei der Verbesserung der Lage der kinderreichen Familien. «wo beide Elternteile arbeiten müssen und dafür Kinderkrippenplätze in genügender Zahl und Qualität sowie mit vernünftigen Kosten nötig sind». In der Schweiz fehlen heute etwa 200 000 Kinderkrippenplätze, im Kanton Zug will der Kantonsrat von der Regierung ein Konzept.

In der Fristenregelung plädierte Brigitte Profos für den Gewissensentscheid der betroffenen Frau und des betroffe-



Die SP-Regierungsrätin Brigitte Profos forderte an der 1.-Mai-Feier auf dem Landsgemeindeplatz in Zug eine grössere Sicherheit für die Arbeitenden.

BILD: WERNER SCHELBERT

nen Paares. Die Fristenlösung hebe endlich die Kriminalisierung der Frau auf, «und gleichzeitig verschwindet die heutige Kluft zwischen Gesetz und Praxis». Die Rednerin setzte sich auf dem Hintergrund der Shareholdervalve für die Working-poor ein, die voll arbeiten – ohne existenzsichernden Lohn zu erhalten. Wenn das Grundbedürfnis nach existenzieller Sicherheit nicht erfüllt sei, «werden wir krank, leiden unter Stress, erbringen wir nicht unsere volle Arbeitsleistung und werden depressiv».

Solidarität gefordert

Die SGA-Gemeinderätin Marianne Zehnder stellte ihre Ansprache unter das Thema Solidarität: «Das ist mehr als Geld spenden, ... sondern ein Zustand innerer Verbundenheit in einer gemeinsamen Gesinnung und gemeinschaftlichem Handeln.» Die Solidaritätsstiftung wäre ein Beispiel dafür, aber die SVP bekämpfe diese. Solidarität brauchten die Opfer im Nahen Osten, und dort auf beiden Seiten. Aber: «Unsere Solidarität darf sich nicht in einer Mahnwache erschöpfen.» Solidarität zeige sich auch hier zu Lande, zum Beispiel beim Ladenöffnungsgesetz mit dem Personal, besonders mit dem weiblichen, dass zu Hause nicht einfach die Füsse hoch lagern könne. Wer beim Einkaufen nur an das eigene Vermögen und die Entspannung denke, verhalte sich unsolidarisch. Die Rednerin empfahl ein Nein zum Ladenöffnungsgesetz. Beim Urnengang vom 2. Juni sagte sie Ja zur Fristenlösung und Nein zur Initiative «Mutter und Kind».

Ähnlich wie Brigitte Profos hatte sich auch Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger ausgesprochen. Ansprachen gab es auch zum Integrationsnetz und zur Revision des Arbeitslosengesetzes.